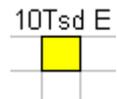


Warum Banken immer reicher werden: Überlegung:

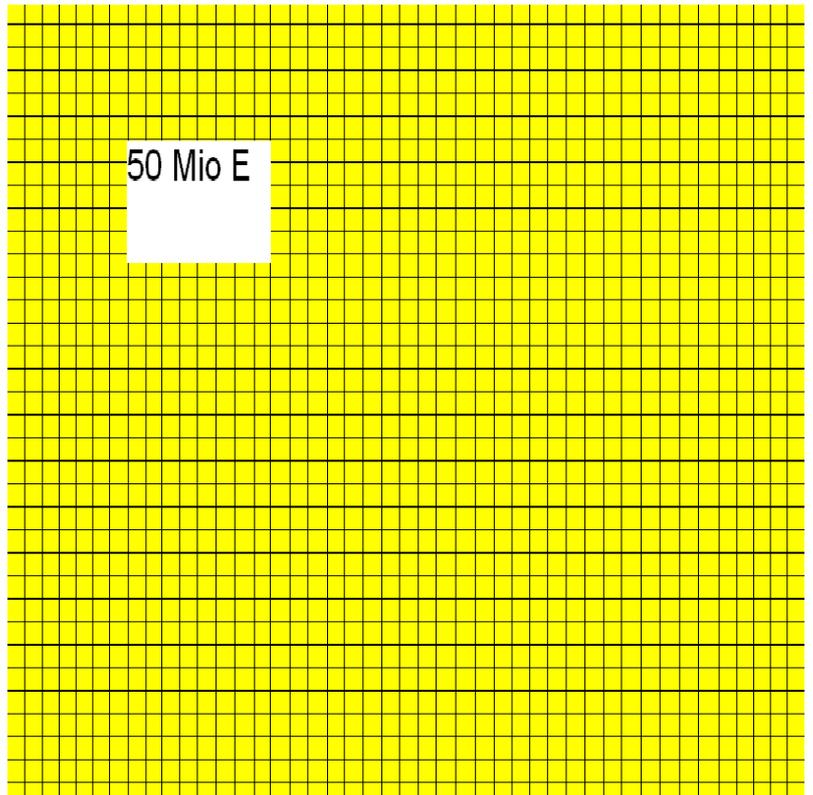
Eine Bank hat von ihren Sparern 1.000.000 Euro Spareinlagen. Derzeitiger Zinssatz ca 1%. Damit muss die Bank 10.000 Euro Zinsen (im Jahr) an die Sparer auszahlen.

Bank

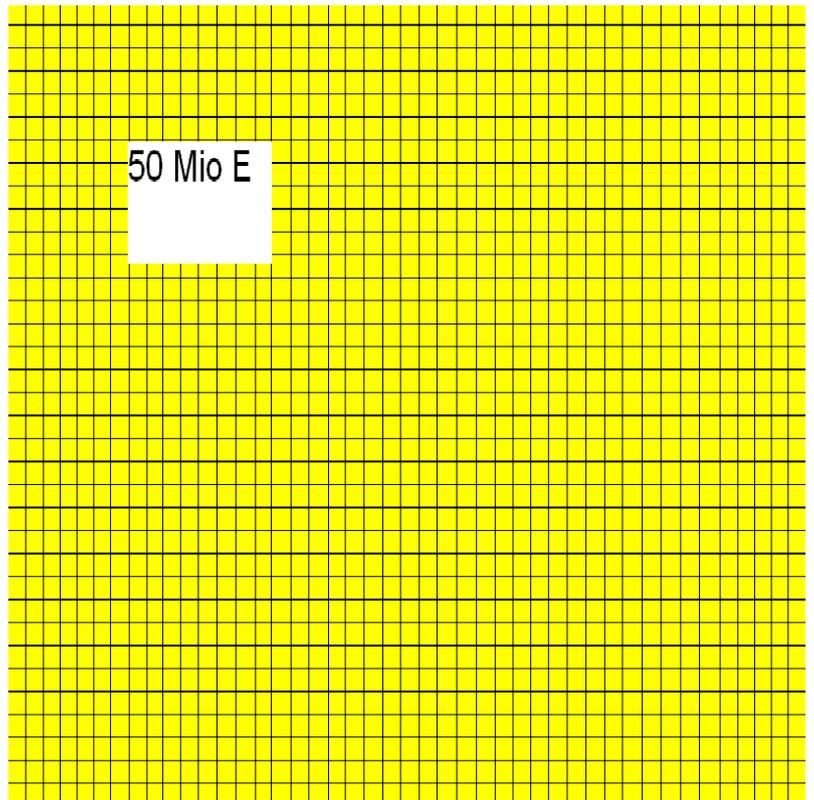
Sparer/Kunde



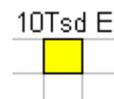
Die Bank kann Kredite vergeben. Da der Mindesteinlagesatz einer Bank derzeit 2% beträgt, kann sie von der 1 Million Spareinlage 50.000.000 Euro Kredite vergeben.



Angenommen die Bank gibt die Kredite für Baukredite aus, ergibt sich folgendes
Derzeitiger Zinssatz für Baukredite ca 3%. An Zinseinnahmen erhält die Bank daraus dann 1.500.000 Euro
Zinsen.



Die Bank musste also an die Sparer 10.000 Euro bezahlen, nimmt aber für deren Geld 1,5 Mio Euro ein.



Nun hat die Bank die 1 Mio von den Sparern + 1,5 Mio von den Kreditzinsen zur Verfügung, also zusammen 2,5 Mio E. Wenn die Bank daraus wieder Kredite vergibt, kann sie für 125 Mio Euro Kredite vergeben und nimmt entsprechend mehr ein. So steigert sich das Jahr für Jahr. Allerdings erhalten die Sparer davon **nichts!** Im Folgejahr hat die Bank über 2 Mio Euro Rücklage, kann also 100 Mio an Kredite ausgeben und erhält dann 3 Mio Euro an Zinsen usw.

Dass diese Überlegungen nicht an den Haaren herbeigezogen sind, zeigen einige Artikel, die ich am 17.10.12 aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitungen eingescannt habe (also **alle** Artikel an **einem Tag!**).

**In diesem Artikel sieht man:
die Banken erhalten ihr Geld für 0%!!!!!!! sie verlangen für ihre Kredite 3%**

Dominanz der Großbanken als Gefahr

Die Konzentration der Banken auf dem Hypothekenmarkt schwächt die Wirkung der Geldpolitik. Allein Wells Fargo vergibt ein Drittel aller neuen Immobiliendarlehen.

nks. NEW YORK, 16. Oktober. Die Dominanz weniger amerikanischer Großbanken auf dem Hypothekenmarkt schwächt nach Ansicht eines einflussreichen Mitglieds der Notenbank Fed die Wirksamkeit amerikanischer Geldpolitik. Zwar hätten die Ankäufe von Hypothekenanleihen durch die Fed die Hypothekenzinsen auf ein historisch niedriges Niveau gedrückt, sagte der Präsident der New Yorker Fed, William Dudley, in einer Rede vor dem Ökonomenverband NABE. Die niedrigen Zinsen auf dem Anleihemarkt würden allerdings von Banken nicht ausreichend an Hausbesitzer weitergereicht. Einer der Gründe dafür sei „eine Konzentration der Hypothekengabe bei wenigen wichtigen Finanzinstitutionen“, sagte Dudley. Aufsichtsbehörden sollten daher über Wege nachdenken, den Wettbewerb auf den Hypothekenmarkt zu stärken, damit niedrige Zinsen im Sekundärmarkt an die Haushalte weitergegeben werden. Die Fed ist neben der Geldpolitik auch für die Regulierung der amerikanischen Banken zuständig.

Banken werden nach Einschätzung von Dudley auch durch bestimmte Garantieforderungen von der Vergabe von Darlehen an Hauskäufer sowie von der Refinanzierung bestehender Hypotheken anderer Institute abgeschreckt. Dabei geht es um Sicherheiten, welche die verstaatlichten Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac fordern. Die Institute, die Hypotheken von Banken kaufen und sie als Anleihepakete an institutionelle Investoren weiterreichen, können Banken zwingen, notleidende Immobilienkredite zurückzukaufen.

Die Fed hatte kürzlich ein neues unbefristetes Programm zum Ankauf von Hypothekenanleihen im Volumen von 40 Milliarden Dollar im Monat aufgelegt. Da



Günstiger: Die Hypothekenzinsen in den Vereinigten Staaten sind in den vergangenen Jahren gesunken.

Foto AFP

die Leitzinsen bereits seit Jahren gegen null tendieren, versprechen sich die Notenbanker davon positive Impulse für das schleppende amerikanische Wirtschaftswachstum. Der Hypothekenmarkt gilt als einer der wichtigsten direkten Kanäle, über den die Geldpolitik die Konjunktur beeinflussen kann, da niedrigere Hypothekenzinsen in den Haushaltskassen der Verbraucher Gelder für andere Anschaffungen freimachen. Der durchschnittliche Zinssatz für eine traditionelle Hypothek mit einer Laufzeit von 30 Jahren lag zuletzt bei 3,4 Prozent.

Die Finanzkrise hat trotz aller Kritik an zu groß gewordenen Banken zu einer stärkeren Konzentration von Großbanken geführt. Alle führenden Kreditinstitute hatten Konkurrenten übernommen, die im damals verlustträchtigen Hypothekengeschäft stark engagiert und deswegen in Schieflage geraten waren. Die jetzt viertgrößte Bank Wells Fargo hatte den Konkurrenten Wachovia geschluckt und ist zum führenden Hypothekenanbieter aufgestiegen. Auf das in San Francisco beheimatete Institut entfällt allein ein Drit-

tel aller neu vergebenen Hypotheken in den Vereinigten Staaten. JP Morgan Chase, die mittlerweile größte amerikanische Bank, hatte die stark im Hypothekengeschäft aktive Sparkasse Washington

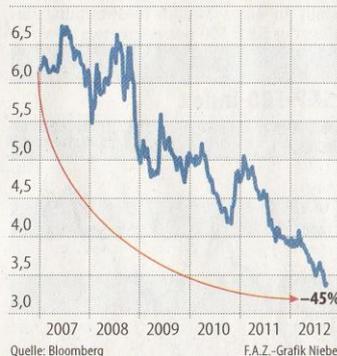
Mutual nach ihrer Pleite gekauft. Die Bank of America, die aktuelle Nummer zwei der Branche, akquirierte den großen auf zweitklassige Hypotheken spezialisierten Anbieter Countrywide Financial.

Wells Fargo, JP Morgan Chase und die Citigroup hatten in vergangenen Tagen aufgrund eines florierenden Hypothekengeschäfts über Erwartung hohe Gewinne für das dritte Quartal ausgewiesen. Der Vorstandsvorsitzende von JP Morgan Chase, Jamie Dimon, sprach von einer „Wende“ im Häusermarkt, da sich die Preise für Immobilien in diesem Jahr nach einer langen Durststrecke wieder etwas erholt haben.

Neben der Konzentration der Banken auf dem Hypothekenmarkt führte Notenbanker Dudley noch weitere Gründe für einen geringer gewordenen Einfluss der Geldpolitik auf den Hypothekenmarkt an. So sei die Verfügbarkeit von Krediten für Verbraucher mit schlechterer Bonität weiter begrenzt. In anderen Worten: Nach der Erfahrung der Finanzkrise wollen die Banken immer noch keine großen Risiken eingehen.

Amerikas Hypothekenzins

in Prozent, 30 Jahre Laufzeit



Ein weiteres Beispiel über Gewinne von Banken

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Goldman Sachs verdient in drei Monaten 1,5 Milliarden Dollar

Florierendes Anleihegeschäft treibt Quartalsgewinn

Und in diesem „Spiel“ spielen die öffentliche Organisationen mit zum Schaden des Volks, das sie eigentlich zukunftsfähig fördern sollten!:

Wurzeln öffentlicher Armut

Von Walter Hamm

Wer einen Missstand beseitigen will, sollte an dessen Ursachen ansetzen. Diese Regel wird von nahezu allen Politikern, die sich zu der übermäßigen staatlichen Verschuldung äußern, missachtet. Die öffentliche Armut ist nicht, wie oft behauptet, ein Einnahmenproblem. Die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus Steuern und Abgaben steigen von Jahr zu Jahr sprunghaft an. Aber die Gier von Politikern aus nahezu allen Parteien nach immer großzügigeren finanziellen Leistungen aus öffentlichen Kassen kennt keine Grenzen.

Die öffentliche Hand lebt über ihre Verhältnisse. Erst steigende Schuldszinsen als Warnsignale der Kapitalmärkte führen zur Besinnung, freilich auch zur Suche nach Schlupflöchern. Besonders beliebt ist eine nicht nachhaltige Finanzpolitik, die immer neue Lasten auf die kommende Generation überwälzt. Höhere Rentenzusagen in der Zukunft sind ein Paradebeispiel für solch unverantwortliche Politik.

Wer mehr verspricht, als er halten kann, ist ein Scharlatan. Diesem Vorwurf suchen ausgabenfreudige Politiker auf verschiedenen Wegen zu begegnen. Da sich Deutschland einstweilen noch des Wohlwollens der Kapitalmärkte erfreuen kann, vergrößern einige Länder und Kommunen weiterhin ihre Kreditaufnahme. Die Schuldenbremse wirkt erst in einigen Jahren. Bis dahin kann der finanzpolitische Schlendrian straflos fortgesetzt werden. Vielleicht, so eine verbreitete Hoffnung, finden sich Wege, die Schuldenbremse zu unterlaufen. Kommunen stopfen zum Beispiel mit Kassenkrediten, die nur kurzfristige Zahlungsschwierigkeiten überbrücken sollen, seit langem in großem Stil mittel- und langfristige Haushaltslöcher.

Noch beliebter ist ein anderes Verfahren der Finanzierung neuer Staatsleistungen. Die Begehrlichkeit von Politikern, die erst verteilen und dann nach Finanzierungswegen suchen, braucht nicht begrenzt zu werden, wenn höhere Abgaben an den Staat und die Kommunen beschlossen werden. Neue Ausgabenfelder lassen sich erschließen, wenn eine kleine, nicht wahlentscheidende Minderheit von Abgabepflichtigen belastet wird und Wohltaten breit gestreut werden. Die Wirkungen zusätzlicher Umverteilung sind zwar in den Geldbörsen der großen Masse kleiner Leute kaum spürbar. Aber schon allein klassenkämpferische Töne finden stets Anhänger.

Die mittelbaren gesamtwirtschaftlichen Folgen einer solchen Politik werden ausgeblendet. Wird der konsumtive Staatsanteil am Sozialprodukt ausgeweitet, so schrumpft der Anteil der investiven privaten Verwendung. „Reiche“ zu schröpfen stößt zwar auf breite Zustimmung. Aber die „Reichen“ sind zum überwiegenden Anteil Unternehmer und Investoren, die neue Ideen auf Märkten testen und neue international wettbewerbsfähige Arbeitsplät-

ze schaffen. Wird diese schmale Bevölkerungsschicht vergraut, so werden auch vorhandene Arbeitsplätze gefährdet. Die Folgen werden auch jene Wählerschichten erreichen, die den Klassenkampfpapieren aufgefressen sind.

Umverteilungsfreudige Politiker folgen einem einfachen Denkschema: Wo gibt es noch private Armut, die mit Staatsleistungen gelindert werden kann. Zweierlei ist dabei vor allem zu beachten. Erstens gibt es verschuldete private Armut, deren Überwindung durch individuelle Anstrengungen möglich ist. Dieses von manchen als lästig empfundene Bemühen kann überflüssig werden, wenn sich eine Ge-

Die Verschuldung von mehr als 2 Billionen Euro engt den Handlungsspielraum empfindlich ein.

legenheit bietet, Staatsleistungen zu kassieren. Zweitens genügt es nicht, wenn Politiker neue dringliche Ausgabenfelder entdecken. In den rund fünfzig Prozent des Sozialprodukts umfassenden öffentlichen Haushalten gibt es zahlreiche Möglichkeiten für einen alternativen Mitteleinsatz. Statt auf bestehende Budgets draufzusatteln, ist zu prüfen, ob Abstriche bei weniger dringlichen Aufgaben möglich sind. Möglichkeiten der Umverteilung innerhalb der riesigen öffentlichen Etats werden so gut wie nie geprüft.

Zur Rechtfertigung wird eine bequeme Ausrede genutzt: Mehr als 80 Prozent der Ausgaben seien gesetzlich fixiert. Umverteilungsmöglichkeiten gebe es also nicht. Das trifft nicht zu. Es kommt darauf an, Prioritäten zu überprüfen. Im Übrigen sind gesetzlich fixierte Ausgaben mittel- und langfristig durchaus veränderbar.

Jeder private Haushalt muss unter vielen Wünschen diejenigen auswählen, die mit den verfügbaren Mitteln finanziert werden können. Diese privatwirtschaftlichen Regeln müssen im Grundsatz auch für die öffentliche Hand gelten. Die enorme öffentliche Verschuldung von mehr als 2 Billionen Euro engt heute den politischen Handlungsspielraum empfindlich ein. Ohne den riesigen Schuldendienst wären die meisten Haushalte ausgeglichen. Was passieren würde, wenn die Kapitalmärkte auch deutsche Staatsschuldner mit hohen Zinssätzen bestrafen, wagt man sich nicht auszudenken.

Öffentliche Armut ist selbstverschuldet. Die Fehler der Vergangenheit, für die die Steuerzahler heute und künftig bluten müssen, dürfen nicht weiter begangen werden. Eine wachstumsfördernde Politik, die Investoren nicht bestraft, Arbeitslosigkeit vermindert und Sozialausgaben spart, hilft, ist der beste Weg, die öffentlichen Kassen ohne neue Steuerlasten noch reichlicher als bisher zu füllen und die öffentliche Armut zu überwinden.